FDP-***Landtagsfraktion*** Schleswig-Holstein

Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort.

Nr. 501 / 2012

Kiel, Freitag, 14. Dezember 2012

Wolfgang Kubicki, *MdL*
Vorsitzender

Christopher Vogt, *MdL*
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, *MdL*
Parlamentarischer Geschäftsführer

Innen und Recht / Kooperative Regionalleitstellen

Dr. Heiner Garg: Strukturveränderungen unter besonderer Berücksichtigung der Personalsituation sauber durchplanen

In seiner Rede zu **TOP 52** (Stand der Verbesserungen bei den kooperativen Regionalleitstellen) erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Heiner Garg**:

„Zunächst möchte ich dem Innenminister sowie seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für diesen Bericht danken. Ich muss gleich grundsätzlich anmerken, dass es für jeden Beteiligten natürlich nicht befriedigend sein kann, in einem offiziellen Bericht der Landesregierung die Feststellung zu lesen, dass die Errichtung der kooperativen Regionalleitstellen *‚gleichzeitig ein Lernprozess für alle Beteiligten, nicht nur aus technischer und juristischer Sicht‘* war und ist.

Ich will nicht verneinen, dass es in der Natur der Sache liegt, dass der Aufbau einer neuen Struktur stets mit Unsicherheiten verbunden ist. Und es war nicht zu erwarten, dass ein Projekt von dieser Größe vollumfänglich abgesehen werden konnte. Aber aus unserer Sicht ist es gleichwohl geboten, dass es hierzu zu gegebener Zeit eine gründliche prozessorale Aufarbeitung gibt.

Der Landesrechnungshof hat zu dieser Frage bereits in der vergangenen Wahlperiode in seinen ‚Bemerkungen 2011‘ eine – wie gewohnt – kritische Stellungnahme abgegeben und auf, seiner Ansicht nach, zum Teil erhebliche Planungsdefizite seitens des Innenministeriums hingewiesen. Wir alle sollten deshalb den im vorliegenden Bericht angesprochenen Lernprozess auch wirklich als Lernprozess verstehen und eventuell aufgetretene Fehler nicht einfach hinnehmen.

Ich sage es ganz eindeutig: Ich möchte das nicht als Vorbereitung einer späteren Schuldzuweisung verstehen. Es geht nur darum, für eventuelle künftige Projekte besser gerüstet zu sein. Wenn wir richtige Konsequenzen aus Fehlern ziehen können, dann haben die Fehler wenigstens für die Zukunft einen Sinn gehabt. Das sollte unseres Erachtens der erste Schluss sein, den wir aus diesem Bericht ziehen.

Einige Teile des Berichtes lesen sich als Bestätigung der Kritik des Landesrechnungshofes. Besonders besorgniserregend war für uns aber die bereits in der Vorbemerkung genannte Feststellung der Landesregierung, dass die Überlastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht nur bei der Implementierung

Susann Wilke, *Pressesprecherin, v.i.S.d.P., FDP-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Landeshaus, 24171 Kiel, Postfach 7121, Telefon: 0431 / 988 1488, Telefax: 0431 / 988 1497, E-Mail: susann.wilke@fdp.ltsh.de, Internet: http://www.fdp-sh.de*

www.fdp-sh.de

– das wäre für eine Übergangsphase vielleicht noch verständlich – sondern sogar bei dem laufenden Betrieb der Regionalstellen offensichtlich ist.

Aus unserer Sicht muss einer dauerhaften Überlastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schnellstmöglich – auch und gerade politisch – entgegengewirkt werden. Deshalb ist es vor diesem Hintergrund notwendig, dass das Innenministerium dieses Problem im zuständigen Ausschuss genauer ausleuchtet, damit wir gegebenenfalls für Abhilfe sorgen können.

Es berührt nämlich ein grundsätzliches Problem: Wir müssen aufpassen, gerade vor dem Hintergrund des unstrittigen Stellenabbaupfades und der damit zwangsläufig zusammenhängenden Arbeitsverdichtung, dass wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes nicht überladen. Wir alle sind deshalb umso mehr dazu aufgefordert, bei unseren Entscheidungen stets auch die Frage der personellen Umsetzbarkeit des politischen Willens einzuplanen bzw. mitzudenken.

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass wir es gerade im Bereich der Polizei mit einer strukturellen Überlastung der Beamtinnen und Beamten zu tun haben. Gerade hier müssen Strukturveränderungen jedweder Art unter der besonderen Berücksichtigung der Personalsituation sauber durchgeplant werden.

Ich wünsche mir, gerade auch für die schleswig-holsteinischen Polizeibeamtinnen und -beamten, dass wir diese Frage auch – neben den offensichtlichen Schwierigkeiten bei der Errichtung der Regionalleitstellen – in die Ausschussberatungen entsprechend aufnehmen und hoffentlich zu einer gemeinsamen und tragfähigen Lösung kommen.“

Susann Wilke, *Pressesprecherin, v.i.S.d.P., FDP-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Landeshaus, 24171 Kiel, Postfach 7121, Telefon: 0431 / 988 1488, Telefax: 0431 / 988 1497, E-Mail: susann.wilke@fdp.ltsh.de, Internet: http://www.fdp-sh.de*